

**Imperialate**  
werden angenommen  
in Bösen bei der Kreisförsterei  
in Berlin, Wilhelmstr. 17.  
Herr A. Schles, Hoflieferant,  
Dr. Gerber u. Breitestr.-Ede,  
Gesellschaft, in Firma  
J. Bernau, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:  
F. Nachfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Bösen.

Nr. 122

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertag ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Bösen, 5,45 M. für  
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Freitag, 17. Februar.

**Imperialate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Bösen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Joh. Weise, Hasseleins & Vogel & C. &  
J. L. Daube & Co., Düsseldorf.

Verantwortlich für den  
Imperialtheit:  
J. Klugkist  
in Bösen.

**Imperialate**, die sechsgesparte Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
80 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Freibution für die  
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

## Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichsanzler Graf von Caprivi, von Bötticher, von Marshall, von Malzahn u. A. Die zweite Beratung des **Staats des Reichsamt des Innern** wird beim Gehalt des Staatssekretärs fortgelebt.

Abg. Graf Arnim (Rp.) verbreitet sich über die Belastung der Landwirtschaft durch die Arbeiterversicherung, insbesondere durch die Invaliditäts- und Altersversicherung. Trotzdem behaupteten die Sozialdemokraten, daß die Grundbesitzer Vampire seien, welche dem Volke das Blut aus den Adern saugten. Des Weiteren betont Redner die Interessensolidarität zwischen Groß- und Kleingrundbesitz und die Notwendigkeit einer Korrektur des Unterstüzungswohnstiftgesetzes. Schließlich befürwortet er die Veranstaltung einer Enquête über die Wirkungen der niedrigen Silberpreise. Wie groß die Unzufriedenheit in landwirtschaftlichen Kreisen sei, werde nächst Sonnabend bei der nach Berlin einberufenen Versammlung der Landwirthe zu Tage treten. Es sei leicht möglich, daß es auf dieser Versammlung heftig hergehen werde, aber dafür trügen die Konservativen keine Verantwortung.

Staatssekretär v. Marshall vertheidigt nochmals unsere Handelspolitik und wendet sich besonders gegen die gefährlichen Ausführungen des Abg. Dr. Arendt im preußischen Abgeordnetenhaus, die er an der Hand der Handelskammerberichte von Frankfurt a. M. und Essen und unter Hinweis auf die Vermehrung unseres Nähmaschinen-Exports nach Österreich-Ungarn widerlegt. Herr Dr. Arendt erblidt Sturmzelchen; auch die Regierung habe dieselben; sie lasse sich aber nicht einschüchtern und werde den Weg einer machtvollen Handelspolitik zur Ausgleichung der verschiedenen Interessen von Handel und Industrie (Rufe rechts: Und Landwirtschaft? Und Handwirtschaft?) und Heiterkeit links) unentwegt weiter geben. Und wenn der Antrag Arendt als ein Sturmsignal bezeichnet werde, so scheine er eine Warnung für die zu sein, welche gegenwärtig Wind säen und ganz sicher Sturm ernten werden. (Beifall links.)

Abg. Wilbrandt (frei.) sucht darzulegen, daß die agrarischen Beichwerden übertrieben seien, wobei er wiederholt auf seine mecklenburgische Heimat (Redner ist dort Gutspächter) verweist.

Abg. Frhr. v. Manteuffel polemisiert gegen die vorgebrachten und gefährlichen Ausführungen der freisinnigen Redner Barth, Rickert, Bamberg und Baumbach. Die bevorstehende Versammlung der Landwirthe in Berlin bezwecke lediglich eine Organisation der Landwirtschaft. Der Ton in dieser Versammlung werde von der Art der Erklärung der Regierung abhängen. Die von ihm veranlaßte Debatte sei übrigens nicht ergebnislos gewesen, denn sie habe Dreierlei gebracht: 1. die Erklärung des Reichsanzlers, daß die Getreidezölle in Höhe von 3,50 Mark auf 12 Jahre festgelegt seien. Das sei für ihn immerhin eine nicht unerhebliche Beruhigung, und er nehme mit Genugthuung von dieser Erklärung Act. 2. Die Erklärung des Staatssekretärs v. Marshall, daß die Silberwertverhöhung ein Nachteil für die Landwirtschaft sei. 3. Eine landwirtschaftsfreundliche Rede des Abg. Buhl, wie er eine solche von einem Nationalliberalen nie erwartet hätte. (Heiterkeit.) Es sei traurig, daß im Hause nur die Konservativen, das Zentrum, die Bösen und der Abg. Buhl für die Landwirtschaft eintreten. (Heiterkeit.) Der Freisinn vernachlässigte den wichtigsten Kulturgewerbe Deutschlands vollständig. Möge der Freisinn aber immerhin sein mancherlich Streitroß, bekleidet mit der Goldwährungsabshrafe in der Arena tummeln, bei den nächsten Wahlen würden die Wähler ihm die Antwort geben, und dann werde es heißen: Und Noch und Neiter sag man niemals wieder! (Heiterkeit).

Reichsanzler Graf v. Caprivi: Obgleich ich annehmen könnte, daß der Ton auf der bevorstehenden Landwirtschaftsbunderversammlung nach dem guten Zeugnis, das der Herr Vorredner uns eben gegeben, ein vorzügliches sein müßte, möchte ich doch die Verantwortung dafür nicht so ohne Weiteres übernehmen (Heiterkeit). Ich will deshalb auch auf einige gestern und heute berührte Fragen eingehen, wobei ich mich auf das Reichsgebiet beschränken werde. Vielleicht wäre es überhaupt zweitmäßiger gewesen, wenn man hier und im Abgeordnetenhaus eine Arbeitsstellung in der Weise hätte eintreten lassen, daß man hier die Reichsbehörden und drüben die preußischen Behörden vorgebracht hätte. In Bezug auf den Bimetallismus kann ich mich nur auf meine frühere Erklärung beziehen. Ich habe die Instruktion für unseren Vertreter auf der Brüsseler Münzkonferenz i. S. hier vorgelesen. Auf dem dort entwickelten Standpunkte stehen wir auch heute. Was die Staffeltarife betrifft, so kann ich dazu vom Reichsstandpunkte aus nur bemerken, daß ich deutsche Regierungen kenne, die ein lebhafte Interesse daran haben, daß diese Tarife nicht eingeführt werden. Gegen die Wollzölle hat sich schon mein Amtsvorgänger unter dem 25. Dezember 1885 ausgesprochen, weil er unsere Industrie schädigen würde. Graf Mirbach hat gestern gewünscht, wir möchten Mittel und Wege finden, um die Notlage der Landwirtschaft soweit als möglich abzuwenden. Wir haben unsere Fürsorge allen Zweigen des Erwerbslebens zu widmen und haben auch auf die Konsumtionsrätsicht zu nehmen. (Beifall links.) Mit der Aufstellung von Forderungen ist sehr wenig gewonnen. Es handelt sich um unendlich schwierige Fragen, die langsam reifen müssen. Unmöglich kann man uns da einen Vorwurf machen, wenn wir noch kein Auskunftsmitteilung gefunden haben. Wir haben den deutschen Landwirtschaftsrath, wohl den kompetentesten Beurtheiler, über die Handelsverträge gehörte. Derselbe hat einen dicken Bericht erstattet und mußte natürlich als einseitige Interessenvertretung zu dem Resultat kommen, daß die Handelsverträge nicht wünschenswert wären. Aber wir mußten auch die Industrie berücksichtigen. So kamen wir zu der Überzeugung, daß wir trotz aller Klagen die Verträge im Interesse der Gesamtheit abschließen müssten. (Beifall links.)

Abg. Reichsgraf von und zu Hoensbroech erklärt sich gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, aber für Staffeltarife und wünscht Angebots der drohenden pan Slavistischen Gefahr eine Besserung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Russland durch Abschluß eines die deutschen Interessen wahren Handelsvertrages.

ges. Der Reichsanzler habe gestern gesagt, daß durch die Kornzölle Opfer für die Landwirtschaft gebracht würden (Sehr richtig! links). Das haben Sie gestern auch dem Reichsanzler zugezogen. Ich muß doch sagen, als ich diese Worte hörte, hatte ich den Eindruck, daß der Reichsanzler prinzipiell sich von jetzt ab durchaus auf den freihändlerischen manchesterischen Standpunkt stellen will, und daß, wenn dieser Standpunkt jetzt noch nicht vollständig zur Geltung kommt, das sich mehrfach daraus erklärt, daß mit der Schutzpolitisches nicht über Nacht tabula rasa gemacht werden kann. Wir aber sind überzeugt, daß 1879 die Schutzpolitisches zum Segen des Landes inauguriert worden ist. (Beifall im Zentrum.) Redner verbreitet sich noch über die englischen landwirtschaftlichen Verhältnisse, die er als nicht erstrebenswert hinstellt, obgleich die Freiheiten bei jeder Gelegenheit die Befreiung der Kornzölle in England als eine große That verherrlichten.

Reichsanzler Graf v. Caprivi: Schon am 10. Dezember 1891 habe ich erklärt, daß die Getreidezölle ein schweres Opfer für das Land seien, denn es komme nicht blos die Bevölkerung des eingeführten Getreides in Betracht, sondern auch die Steuererziehung des Getreidepreises im Inlande. Ich habe also gestern nichts Neues gesagt. Ich verkenne die Größe des Opfers nicht, aber das Opfer muß gebracht werden. Ich glaube überhaupt, daß jeder Schutzzoll ein Opfer ist, welches das Land bringt, gerade wie jede Steuer eine Last ist. Daraus kann man aber nicht den Schluss ziehen, die verbündeten Regierungen verfolgten mancherliche Tendenzen.

Abg. Dr. Barth (dfr.) rechnet aus, daß das Land bei den Kornzöllen 200 Millionen für die Grundbesitzer jährlich opfere. Im Anschluß hieran verbreitet er sich über die Segnungen der Aufhebung der Kornzölle in England, woselbst die Wiedereinführung dieser Zölle durch die Arbeiterschaft verhindert werde.

Abg. v. Kardorff (Rp.) behauptet wie schon gestern im Abgeordnetenhaus, die deutschen Delegirten hätten auf der Brüsseler Münzkonferenz gegenüber den Bestrebungen zur Hebung des Silberpreises ein feindseliges Verhalten beobachtet.

Staatssekretär v. Malzahn bestreitet dies unter Hinweis auf die den deutschen Delegirten ertheilte Instruktion, in welcher es unter Anderem heißt, daß Deutschland zwar seine gut funktionirende Währung aufrecht erhalten, aber nicht verfenne, daß die fortwährenden Schwankungen und das Sinken des Silberpreises auch für Deutschland unerwünscht und eine nachhaltige Verminderung dieses Nebelstandes nützlich sei. In diesem Sinne seien die Delegirten in Brüssel auch thätig gewesen.

Abg. Dr. Buhl (ndl.) steht zwar nicht auf dem Standpunkt des Abg. v. Manteuffel, nachdem sich der letztere aber heute so freundlich über ihn (Redner) ausgesprochen, lade er Herrn v. Manteuffel ein, am Sonnabend mit ihm in die Landwirtschaftsbundversammlung zu kommen.

Abg. v. Schalscha würde es lieber sehen, wenn der Reichsanzler der Landwirtschaft weniger mit Worten, als durch Thaten Wohlwollen entgegenbrächte. Jetzt müsse die Landwirtschaft immer blüthen. Redner polemisiert sodann gegen die gestrigen Ausführungen Bamberg's und tadeln es, daß man bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen deutschseits freihändlerisch angehauchte Unterhändler verwendet habe.

Staatssekretär v. Malzahn protestiert dagegen, daß den deutschen Unterhändlern in dieser Form Pflichtwidrigkeit vorgeworfen werde. Dieselben hätten ganz instruktionsgemäß gehandelt.

Hierauf wird die Beratung auf Antrag der Abg. von Manteuffel und Rickert auf morgen 1 Uhr vertagt. Schluss 6 Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 16. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.) Die Beratung der Petition des Direktoriums des landwirtschaftlichen Centralvereins zu Halle, betr. den russischen Handelsvertrag nebst den dazu vorliegenden Anträgen der Kommission (Überweisung als Material), der Abg. Arendt (Überweisung zur Berücksichtigung im Anschluß an die mit früheren Handelsverträgen gemachten Erfahrungen), v. Eynern (Anhörung der Interessenten), Brömel (Spezialprüfung des Antrages von Eynern), Rickert (Übergang zur Tagesordnung), Seer (betr. Spitzfußexport beim spanischen Handelsvertrag) wird fortgesetzt.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort Abg. Brömel (frei.). Es ist mir vom Reichsanzler der Vorwurf gemacht worden, daß ich unqualifizierbare Verdächtigungen gegen den Geh. Rath Hubert geäußert habe. Zunächst muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß von dem ersten Beamten des Reichs gegen ein Mitglied des Hauses der Vorwurf unqualifizierbarer Verdächtigungen geschleudert wurde. Die Kritik darüber überlasse ich dem Hause. Ich habe dem Kommissar nicht persönlich einen Vorwurf machen, sondern nur darauf hinweisen wollen, daß der Vertreter des preußischen Handelsministers bei den übrigen Kommissaren nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. Zu der Angabe, daß Geh. Rath Huber seit 1871 zur größten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten thätig gewesen ist, muß ich ein großes Fragezeichen machen, denn ich erinnere an die Thatsache, daß Geh. Rath Huber wegen seiner freihändlerischen Gesinnung vom Fürsten Bismarck später nicht mehr so verwandt worden ist wie früher.

Wenn der Reichsanzler ferner davon spricht, daß solche Neuzeugungen das Selbstgefühl des Beamten zu erschüttern geeignet seien, so erwähne ich darauf: Es ist besser, daß das Selbstgefühl eines Beamten als das Sicherheitsgefühl der produktiven Stände erschüttert wird. (Beifall rechts, Böhlen links.)

Abg. Schmieding (ndl.): Der Antrag Arendt ist ein Gefäß, in das man alles Mögliche hineinlegen kann. Ich bin ein Freund der Handelsverträge, aber wir dürfen nicht übervortheilt werden. Der absolute Freihandel schädigt die Landwirtschaft, das sehen wir an den irischen Zuständen. In den Zeiten des ersten Kaiserreichs sehen wir ebenso wie heute als Folge des Freihandels eine Entvölkerung des platten Landes und ein Zusammenströmen

des Proletariats in die Städte. Die Erfahrungen der letzten Zeit sollten aber doch die Agrarier davor warnen, den Bogen zu überspannen. Es ist auch nicht wahr, daß die Gesetzgebung die Landwirtschaft beeinträchtigt. Das ganze Ziel unserer Steuerreform geht doch dahin, die Doppelbesteuerung der Landwirtschaft zu befreien. Herr v. Kardorff hat auch das westfälische Kohlensyndikat herangezogen. Ich bestreite, daß dieses Syndikat ein Ring ist, gebildet zur Ausbeutung des Publikums. Das Syndikat hat nur den Zweck, die Konsumtion der Produktion anzupassen. Ganz ungewöhnlich ist auch die Behauptung, daß das Syndikat die Streitgefahr vermehre. Bilden denn nicht auch die Landwirthe Genossenschaften zum gemeinsamen Verlauf ihrer Produkte?

Abg. Schmitz (Erfelen, Btr.): Die Reden der Abg. Rickert und Meyer sind von verschiedenem Charakter, die letztere war viel maschiner, besonders wenn man die Sprache der freisinnigen Presse berücksichtigt, die die ackerbaubetreibende Bevölkerung an den Pranger zu stellen sucht, und sie als den Theil hinstellt, der dem Staate nichts leistet (Lebhafter Widerspruch links). Redner befürwortet den Antrag Arendt und spricht die Hoffnung aus, daß dessen Annahme auf die Regierung doch nicht ohne Einfluß sein werde.

Abg. Böttlinger (ndl.) vertheidigt den Antrag v. Eynern. Letzter steht bei den bisherigen Vertragsverhandlungen, insbesondere bei den italienischen, nicht genügend Sachverständige gehört worden. Die chemische Industrie sei fast vollständig übergangen worden.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Da ich glaube, daß es mir niemals gelingen wird, den Vorredner hier davon zu überzeugen, daß die Interessenten gehört werden, bitte ich ihn, sich auf meinem Bureau das sehr eingehende Material anzusehen. Wir können nicht von jeder Handelskammer für jede einzelne Branche einen Vertreter hinzuziehen. Das würde zu weit gehen. Auch während der Verhandlungen ist die Industrie gehörig worden. Sobald sich die Nachricht verbreitet, ein Handelsvertrag soll abgeschlossen werden, wird mir von jeder Handelskammer und jedem industriellen Verein ein umfangreicher Bericht eingereicht. Es ist unmöglich, jeden einzigen Sachverständigen zu hören. Diese Verhandlungen müssen geheim geführt werden. Darin liegt durchaus kein Misstrauen gegen die Industrie. Auch die Behauptung, daß die Kommissare nicht unterrichtet gewesen seien, ist unrichtig.

Abg. Dr. Ritter (sl.): Der Antrag Eynern liegt ganz in der Richtung des Antrags Arendt. Dagegen kann ich mich nicht für den Vorschlag des Abgeordneten Brömel engagieren. Der Begriff des Handels ist ein zu dehnbarer. Unser Antrag ist nicht in parteipolitischem Interesse gestellt. Er spricht Empfindungen aus, die weit und breit im Lande geteilt werden. Die Petition, um die es sich hier handelt, steht nicht allein. Jeder einsichtsvolle Landwirt teilt diesen Standpunkt. Auch die Industrie ist unzufrieden. Die Kohlenindustrie des Ostens erhält ihren Betrieb nur aufrecht, um die Arbeiter nicht brödeln zu machen. Auch die Eisenindustrie leidet bitter. Diese Nebelstände röhren allerdings nicht allein von den Handelsverträgen her. Es ist eine allgemeine Notlage. Wir haben die Pflicht, sie hier zur Sprache zu bringen, wir sind besser dazu im Stande, als der Reichstag mit seinem Wahlsystem. (Beifall rechts.) Wie ich glaube, daß die Militärvorlage notwendig ist, und wie ich für sie eintreten werde, so halte ich auch eine Besserung der landwirtschaftlichen Lage für notwendig. Ich bin Agrarier, weil ich an der Schule gelebt und meine, man soll den Boden nicht verlassen, der uns ernährt (Beifall rechts), aber ich glaube, daß Landwirtschaft und Industrie zusammen gehören und gleichzeitig gestützt werden müssen. Preußen wird die Verantwortung für einen russischen Handelsvertrag besonders zu tragen haben. Bei diesen Verhandlungen wird zu erwägen sein, ob die Vorherrschaft durch den Handelsvertrag so groß sind, daß sie die Opfer aufwiegen, welche die Landwirtschaft bringt. Die Regierung sollte doch bedenken, wenn sie sieht, daß sie nur bei den freisinnigen Vertheidiger findet. Unser Antrag ist politisch notwendig, weil er zur Klärung der Situation beiträgt, er ist möglich, indem wir den Unterhändlern eine feste Position geben, er ist praktisch, weil er zur rechten Zeit kommt. (Beifall rechts.)

Abg. von Eynern (ndlsl.): Das größte deutsche Einzelparlament hat das Recht, in Reichsangelegenheiten mitzusprechen, wenn es glaubt, daß im Reichstag keine Ansichten nicht genügende Vertretung finden. Dem Abg. Meyer gegenüber, der meine, wir dürfen aus diplomatischen Gründen nicht in schwierige Verhandlungen eingreifen, weise ich darauf hin, daß er selbst in seine diplomatische Toga ein Loch gerissen hat, aus dem die Wedelstrümpfe hervorleuchten. (Sehr gut! rechts.) Auch in England greift das Parlament in schwierige Verhandlungen ein, ohne daß ein Schaden dadurch entsteht. Die Wirkungen der Handelsverträge sind noch nicht zu übersehen, aber in industriellen Kreisen ist die Meinung weit verbreitet, daß die Wirkungen der Handelsverträge besser gewesen wären, wenn die Industrie gehört worden wäre. Wir sind bereit, der Landwirtschaft zu helfen, weil wir überzeugt sind, daß auch sie der Industrie in der Not helfen wird. Die Landwirtschaft hat schon schlimmere Zeiten durchgemacht und sich wieder erholt. Unserer Industrie wird durch die Arbeitszuzüge von Osten gar kein Gefallen gethan; denn sie belästigen in schlechten Zeiten die Industrie. Gerade diese Arbeiter gehören zu den unruhigsten Elementen. Die Regierung wäre in der Lage, in diesen Zuständen eine Aenderung herbeizuführen. Wenn die Regierung mit ihren Aufrägen Jahre lang zurückhält und dann plötzlich die Industrie mit Aufrägen überschüttet, dann kommen solche Arbeitermassen zusammen. Auch die Landwirtschaft leidet unter der sozialen Gesetzgebung, ihre Rentabilität nimmt ab. Das wird hoffentlich zur Folge haben, daß die Landwirtschaft mit der Industrie zusammengeht im Kampf gegen den Humanitätsdusel. Auch wir bedauern die fortschreitende Silberentwertung, aber wir werden niemals unsere Hand reichen zur Abschaffung der Goldwährung. Wenn wir wirklich 30–40 Millionen mehr ausprügeln, wir gewinnen doch keinen Einfluß auf den Silberpreis. Machen Sie Dr. Arendt zum Finanzminister, und von dem Tage an, wo er seine theoretischen Vorschläge durchführen soll, wird er Antisemitist. (Heiterkeit.)

Abg. Brömel (dfr.): Das formelle Recht, daß dies Haus in

so wichtigen Fragen mitzusprechen hat, hat keiner von uns bestritten. Aber bei diesem kritischenden Vorgehen in Dingen, die lediglich Reichsangelegenheit sind, spielt das Haus doch keine besondere ehrenvolle Rolle. Aus den Zeitungen müssen Sie erfahren, was die verantwortlichen Leiter des Reichs im Reichstag sagten. Der Reichskanzler hat gestern die Bemerkung des Abg. Bopelius als unqualifizierte Insinuation bezeichnet. Abg. Bopelius hat heute seine Neuerung aufrecht erhalten, ohne einen Beweis zu erbringen. Deshalb verdient sie nach wie vor die Bezeichnung, die der Reichskanzler ihr hat zu Theil werden lassen. Es ist auch gar nicht abzusehen, welche Fragen hier noch in die Debatte gezogen werden. Abg. v. Kardorff hat mit Emphase betont, durch den Bimetallismus würden alle Übel geheilt. Weshalb bringt er keinen diesbezüglichen Antrag ein? Diese ganzen Verhandlungen können nur dem Ansehen der preußischen Landesvertretung schaden. (Widerspruch rechts.) Ich lege auch Berührung dagegen ein, als ob wir 1891 in die österreichischen Handelsvertragsverhandlungen mit einem Antrag eingegriffen hätten. Auch mit unserm ganz andersartigen Antrag hätten wir zurückgehalten, wenn der Reichstag versammelt gewesen wäre. Wir werden uns in der Besprechung des russischen Handelsvertrages Rücksichtnahme auferlegen. Dem Hause liegt ein Antrag vor, bei dem jeder sich etwas anderes denkt. Der eine will mit dem Antrag die Handelsvertragsverhandlungen zu vereiteln suchen, der andere sie fördern und das Zustandekommen erleichtern. Das heißt in der That Vogelstraußpolitik treiben. Damit nicht die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie einseitig vertreten werden, habe ich vorgeschlagen, daß auch der Handel berücksichtigt wird. Bei einer solchen Frage muß der deutsche Handel gehört werden; denn wichtige Interessen desselben stehen auf dem Spiel. Der Handel, der bei einem Vertrag mit Russland in Frage kommt, umfaßt einen ganz bedeutenden Theil unseres Seehandels. Die Interessen, die dabei in Frage stehen, sind doch nicht einseitig Böriente Interessen. Wenn Sie nur Landwirtschaft und Industrie berücksichtigen wollen, dann setzen Sie Ihre Interessen über die allgemeinen vaterländischen Interessen. Mehr als alles andere interessiert die Methode der agrarischen Agitation. Herr Ruprecht sagt, schreien müsse man über die Notlage der Landwirtschaft auf den Straßen und in den Gassen. Mit dieser Agitation erreicht man weiter nichts, als daß sich auch die übrigen gewerblichen Kreise zu gemeinsamer Agitation zusammenschließen. Zum Gaudium von Russen und Franzosen wird sich ein Interessenkampf in Deutschland entzünden. Wenn Sie jeden Landwirth, der nicht gegen die Handelsverträge ist, als vaterlandslos bezeichnen, dann sprechen Sie damit einen politischen Boykott gegen Ihre eigenen Berufsgenossen aus. Diese Heze führt zu einer Schwächung des Reichs. (Roffo, Linke)

Abg. Graf Limburg-Strum (konf.): Im Lande ist spontan eine allgemeine Bewegung entstanden, die uns förmlich über den Kopf gewachsen ist. (Beifall rechts). Ihnen (links) sollte doch Angst werden vor dieser Bewegung; denn Sie haben niemals den berechtigten Kern unserer Bestrebungen anerkannt. (Beifall rechts). Mit der Distanzierung zwischen Groß- und Kleingrundbesitz ist es vorbei. (Zustimmung rechts). Was nun unsere Berechtigung betrifft, die Sache zur Sprache zu bringen, so hat ja Fürst Bismarck dies Recht einst anerkannt, daß ich hier anfüre, wenn es auch bei den Herren, die heute oben sind, zum guten Geschmack gehört, daß Gegenthell von dem zu thun, was Fürst Bismarck gethan hat (hört! hört! links). Wir sind Jahre lang mit den Grundzügen der Reichspolitik einverstanden gewesen. Wir konnten deshalb darauf verzichten, daß weniger Wichtige hier zur Sprache zu bringen. Wir stimmen heute leider nicht mehr mit dieser Politik überein (Bewegung und hört! hört! links). Bei dem österreichischen Handelsvertrag sind wir schlecht weggekommen (Burau links: Machen Sie einen besseren!). Jawohl, es wäre ein besserer zu erreichen gewesen. Ich hoffe, die Zeit wird wiederkehren, wo wir die Regierung vollständig unterstützen und hier im Abgeordnetenhaus vollständig über die Reichsangelegenheiten schweigen können. (Lebhafter Beifall rechts).

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Lieber (Br.; zur Geschäftsvorordnung): Ich werde mit einem großen Theil meiner politischen Freunde für den Antrag Abstimmung, aber nur in dem Sinne, in dem der Präsident der Staatsregierung ihn aufgefaßt hat, und unter ausdrücklicher Verwahrung gegen alle die Ausführungen und Begründungen, die irgend welche Spize gegen den Reichstag, die Reichsregierung und den Reichskanzler haben. (Lebhafte Beifall, rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Meyer (Berlin; dfr., persönlich.) Abg. v. Eynern hat durch die Kisse meiner Toga meine Wadelstrümpfe gesehen. Er hat falsch gesehen. Ich habe noch niemals Wadelstrümpfe getragen und werde niemals welche tragen. Ich kann mich auch in der bürgerlichen Kleidung stets hinreichend höflich ausdrücken (Hetterkeit.) Außerdem bin ich in den letzten Tagen durch einige Freunde des Herrn v. Eynern darauf aufmerksam gemacht worden, wie bedenklich diese Tracht ist, indem sie zeigt, auf wie schwachen Grundlagen eine Existenz ruhen kann. (Große Hetterkeit.) Ich wollte den Herrn nicht beschämen. (Erneute Hetterkeit.)

Heiterkeit.) Der Zusatzantrag Brömel wird hierauf abgelehnt. Der Antrag Arendt wird in namentlicher Abstimmung mit 313 gegen 25 Stimmen angenommen. (Besfall rechts.) Dagegen stimmten die Freisinnigen und einige Zentrumabgeordnete. Auch die Anträge Eynern und Seer werden gegen die Freisinnigen und das Zentrum angenommen.

## Deutschland.

■ Berlin, 16. Febr. In der Militärlkommission beginnt es zu tagen. Die erste Abstimmung, die nach wochenlangen Berathungen heute stattfand, ist negativ ausgefallen. Sowohl die Fassung der Regierungsvorlage in Bezug auf die zweijährige Dienstzeit wie alle dazu gestellten Anträge sind abgelehnt worden, zu meist in der Weise, daß gegen jeden Parteiantrag die Vertreter der übrigen Parteien und daß zuletzt für die Fassung der Vorlage nur die Konservativen stimmten. Hiernach wird die zweijährige Dienstzeit weder auf dem Verwaltungswege wie es die Vorlage will, eingeführt werden, noch in gesetzlicher Fixirung für die Dauer des jetzt eingebrachten Gesetzes (national-liberale Fassung), noch für immer (freisinnige Fassung), noch endlich für die Cavallerie, ebenso wie für die Infanterie dauernd (sozialdemokratische Fassung). Voraussichtlich werden alle ferneren grundlegenden Abstimmungen ebenso negativ wie die heutige endigen, aber es wäre grundsätzlich daraus zu schließen, daß das Schicksal der Militärvorlage entschieden sei. Ganz im Gegentheil. Die Klärung, die namentlich die gestrige und die heutige Verhandlung gebracht hat, bestehend darin, daß die Geneigtheit des Zentrums zum Entgegenkommen wieder deutlicher geworden ist. Der Abgeordnete Lieber ha-

durchblicken lassen, und sein und seiner Parteifreunde Verhalten hat es weiterhin bewiesen, daß es dem Zentrum darauf ankommt, als mächtige Partei, die auch ziffermäßig an erster Stelle steht, die Führung der Dinge in der Hand zu behalten. Dies ist der Grund, weshalb die ultramontanen Kommissionsmitglieder sämtliche Anträge niederstimmten, während Lieber zugleich erklärte, er habe einen ausgearbeiteten Gegenentwurf in der Mappe, er werde damit aber erst herausrücken, wenn es Zeit sei. Anders ausgedrückt heißt das: das Zentrum will sich nicht den übrigen Parteien oder einer von ihnen als Gefolgschaft anschließen, es verwirft deshalb auch die nationalliberalen Anträge, denen der Abg. Lieber doch in der Hauptsache gestern und heute zugestimmt hatte, und es verwirft sie deshalb, um in der zweiten Lesung auf den Ruinen von fruchtlos verlaufenen Bemühungen seine eigene leitende Politik zu beginnen. Dies vor allem ist die Signatur des gegenwärtigen Thatbestandes. Wie die Zentrumsanträge im Einzelnen ausssehen werden, weiß man allerdings nicht; dagegen gestatten die Lieberschen Bemerkungen den Schluß, daß sie im Wesentlichen, wie schon gesagt, den nationalliberalen gleichen werden. Sogar in Bezug auf die Dauer des Militärgefezes kommt das Zentrum weit entgegen. Noch im Frühjahr 1887 wollte die Partei keine längere als eine dreijährige Bewilligung zugestehen; heute ist sie bereit zur fünfhjährigen Bewilligung. Nun wäre es auf der anderen Seite wieder ungenügend motivirt, aus dem Verhalten des Zentrums in Bezug auf die gesetzliche Fixirung der zweijährigen Dienstzeit zu folgern, daß die Partei auch in Bezug auf die zu bewilligende Erhöhung der Rekrutenziffer etwa das Maß des von den Nationalliberalen Angebotenen erreichen werde. Das muß erst abgewartet werden; aber die bisherige Starrheit der Zentrumsopposition erscheint doch einigermaßen gemildert, und die Möglichkeit großer Überraschungen ist wieder näher gerückt.

— Der Kaiser hat Mittwoch Abend mit dem Prinzen Heinrich die Reise nach Wilhelmshaven angetreten, wo er, wie schon gemeldet, Donnerstag früh 10 Uhr eintraf. Vom Bahnhof begab sich der Kaiser direkt nach dem Exerzierhause der zweiten Matrosendivision, um der Bereidigung der Rekruten der Marinедivision beizuwohnen. Nach Vornahme der Bereidigung hielt der Kaiser selbst eine mahnende Ansprache an die Rekruten, in der er besonders das Festhalten an den Grundsätzen: „Ein Mann, ein Wort“ betonte. Später besichtigte der Kaiser die neue 28 Zentimeter-Haubitze auf dem Artilleriehofe. Dem Vernehmen nach wird der Kaiser Freitag früh 7 Uhr die Reise nach Helgoland antreten.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 16. Febr. Die Militär-Kommission hat heute nach Beendigung der Diskussion über die Frage der Formulierung der Bestimmung über die zweijährige Dienstzeit sowohl den Vorschlag der Regierung: der Durchschnittsstärke (der Armee) liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im Allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei den Fahnen herangezogen werden, als die Anträge aus der Kommission mit wechselnden Majoritäten abgelehnt. Für den Unterantrag Bebel zu dem Antrag Richter: zweijähriger Dienst für alle Truppen, stimmten nur die Sozialdemokraten und die Volkspartei; für den Antrag Richter auf Änderung der Verfassung die Freisinnigen, Volkspartei und Sozialdemokraten für den Antrag Bennigsen: gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen für die Dauer der erhöhten Friedenspräsenzstärke die Nationalliberalen und die Reichspartei; für die Regierungsvorlage die beiden konservativen Fraktionen. Die Beratung hat also, wie erwartet wurde, gar kein Ergebnis gehabt, weil das Zentrum sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligte. In der nächsten Sitzung am Montag wird der Antrag Richter über die Ergebnisse der finanziellen Erörterungen zur Verhandlung kommen.

L. C. Berlin, 16. Febr. Der Gesetzentwurf betr. Abänderungen und Ergänzungen der Militärpensionsgesetze, der nunmehr dem Reichstage vorliegt, ergänzt den § 8 des Gesetzes von 1886 dahin, daß Offiziere u. s. w. des Beurlaubtenstandes den Anspruch auf Pension wegen einer im Militärdienst erlittenen Verwundung oder Beschädigung binnen sechs Jahren nach der Dienstleistung, bei welcher die Verwundung oder Beschädigung erlitten war, geltend machen müssen. Über einen solchen Zeitraum hinaus, wird in der Begründung gesagt, dürfte der untersuchende Arzt nicht leicht in der Lage sein, feste

ist. Der Bezug der Pension soll in Zukunft ruhen, wenn pensionierte Offiziere wieder im aktiven Dienst verwendet werden. Eine Kürzung der Pension soll in Zukunft auch dann nicht mehr stattfinden, wenn der pensionirte Offizier in den Kommunaldienst eintritt. (Mehrausgaben 61 500 Mark jährlich.) Eine Kürzung der Pension der Lieutenant's, die bisher bei einer Anstellung im Staats- oder Reichsdienst bei einem Gehalt von 2126 M. erfolgte, soll in Zukunft erst bei einem Gehalt von 3000 M. eintreten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dieselben am Kriege 1870/71 teilgenommen oder seitdem invalide geworden sind. (Mehrausgabe 105 900 Mark im ersten Jahr; nach zwanzig Jahren 147 000 Mark.) Ein mit lebenslänglicher Pension ausgeschiedener Offizier, der sich im Reichs- oder Staatsdienst eine Zivilpension erdient, soll an Stelle dieser Pension die früher erworbene Militärpension wieder aus Militärfonds und daneben nur den etwaigen Mehrbetrag der Civilpension erhalten. Das Gleiche gilt für die bei der Gendarmerie in Preußen, Bayern, Hessen und in Elsaß-Lothringen eintretenden pensionirten Offiziere. — Bezüglich der Militärpersönchen der Unterklassen wird zunächst bestimmt, daß für die Berechnung der Dienstzeit derjenigen im Allgemeinen dieselben Vorschriften wie für die Offiziere Platz greifen, also Kriegsjahre doppelt rechnen. Ausgenommen sind die Unteroffiziere, die, ohne invalide zu sein, nach zwölfjähriger Dienstzeit den Anspruch auf Zivilversorgung erwerben. Die Kriegszulage wird auf 9 Mark (bisher 6) erhöht. Die Mehrausgabe zu Lasten des Invalidenfonds beträgt 1½ Millionen Mark jährlich. Der Zivilversorgungsschein soll nur den als dauernd versorgungsberechtigt anerkannten Invaliden gewährt werden. Nach dem Gesetze von 1871 wird die Zulage für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins an zwei Bedingungen geknüpft: 1. muß das Gebrechen, welches die Verwendung im Zivildienst ausschließt, eine Folge der erlittenen Dienstbeschädigung sein. Diese Bedingung soll in Zukunft wegfallen; 2. soll die Zulage dem Friedensinvaliden nur beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst gewährt werden. Diese Bestimmung wird dahin abgeändert, daß die Zulage an Stelle des Scheines zu gewähren ist, wenn der Invalide zur Zeit der Anerkennung des Anspruchs auf den Zivilversorgungsschein unfähig zur Benutzung desselben ist oder wenn diese Unfähigkeit innerhalb eines Jahres (bisher 6 Monate) nachher sich ergiebt. Die Frist läuft vom Tage der Aussändigung des Scheines ab. Die Zulage (bis 9 M.) wird auf 12 M. erhöht, falls der Invalide nicht im Besitz der Versummelungszulage ist. Der § 80 des Gesetzes vom 27. Juni 1871, wonach die in der zweiten Classe des Soldatenstandes befindlichen Soldaten nur dann Anspruch auf Invalidenversorgung haben, wenn ihre Invalidität durch Verwundung vor dem Feinde herbeigeführt ist, kommt in Wegfall. Auch für die Unterklassen soll die Frist für Anmeldung des Versorgungsanspruchs wegen einer Dienstbeschädigung im Kriege von vier auf sechs Jahre, im Frieden von sechs Monaten auf ein Jahr verlängert werden. Ferner soll die Bestimmung in Wegfall kommen (§§ 84, 85 des Ges. von 1871), wonach nach abgelaufener Frist nicht eine dem Grad der Invalidität entsprechende Pension, sondern die nächst niedrige gewährt wird. Die für die Offiziere geltenden Bestimmungen für den Verlust bez. das Ruhen der Pension gelten auch für die Unterklassen; desgleichen die Bestimmung bezüglich der Kürzung der Pension bei Anstellung im Kommunaldienst oder Reichs- und Staatsdienst. Für letztere werden die Einkommensgrenzen in folgender Weise erhöht: Feldwebel bisher 1050 Mark, fünftig 1210; Gemeine bisher 390, fünftig 500, Unteroffiziere von 12jähriger Dienstzeit bisher 1200 fünftig 1400. Für Sergeanten und Unteroffiziere von kürzerer Dienstzeit bleibt der bisherige Satz (750 Mark) bestehen. Die neuen Sätze sollen rückwirkende Kraft haben für die Theilnehmer am Kriege von 1870/71 und die seither durch eine militärische Aktion oder durch Seereisen invalide geworden. Die Mehrausgabe ist auf 6 Millionen jährlich veranschlagt. Bezüglich der Anstellung im Kommunaldienst sollen jetzt auch die Kommunalbehörden zur Anstellung von Militärinvaliden und Anwärtern verpflichtet werden. Ferner soll die Militärdienstzeit bei Pensionierung angezählt werden, wenn und so weit nach Landesrecht eine Anrechnung der Zeit stattfindet, welche im Zivildienst vor Erlangung einer festen, mit Anspruch oder Aussicht auf Pension verbrachten Anstellung verbracht wurde. Zivilpensionären wird die geistliche Invalidenpension neben der Zivilpension gewährt, falls dieselbe dem Maße nicht entspricht, welches unter Berechnung der Gesamt-dienstzeit gewährt werden müßte. Weitere ähnliche Bestimmungen betreffen die kaiserliche Marine. Das Gesetz soll bereits am 1. April d. J. in Kraft treten. Bayern wird jährlich eine seinen thätzlichen Ausgaben entsprechende Quote aus dem Reichs-Invalidenfonds gezahlt.

Lpfales.

Posen, 17. Februar.

\* Das Frühlingswetter, welches seit einigen Tagen eingetreten ist, scheint von Dauer zu sein. Trotzdem heute Nacht klarer Himmel war, sank die Temperatur doch nicht unter den Gefrierpunkt und dürfte im Laufe des Tages wieder steigen. Der Nebel, welcher heute Morgen über der Erde lag, stieg später in die Höhe. Auf den Ablauf des Wassers hat natürlich das unbedeutende Sinken der Temperatur keinen Einfluß.

\* **Stadttheater.** Nach dem großartigen Erfolg, welchen Herr Selmar Cerini in der Partie des Cleazar in der "Jüdin" am Mittwoch gehabt, sah sich die Direktion veranlaßt, den Gast an einem dritten und letzten Gastspiele zu verpflichten und verabschiedet sich Herr Cerini als Cleazar vom hiesigen Publikum. Am Sonntag Nachmittag geht zu kleinen Preisen zum letzten Male "Sonne und Erde" in Szene. Für Abends gelangt der reizende Schwank "Ein toller Einfall" v. Laufs zur Aufführung. Auf allgemeines

**\* Vereiteltes Konzert.** Die seit langerer Zeit hier weilende bekannte Konzertsängerin Frau Litzner ist leider durch eine starke Erfältung und eine hartnäckige damit verbundene Helferkeit an ihrem beabsichtigten heutigen Debut verhindert. Während der Anwesenheit der Prevoiti wurde übrigens Frau Litzner durch den Begleiter der italienischen Sängerin, Gardini, wie wir hören, für das nächste Jahr zu einer längeren Tournée unter der Leitung des berühmten Impresario gewonnen.

## Telegraphische Nachrichten.

Wien, 16. Febr. Prinz Ferdinand von Bulgarien ist  
in der vergangenen Nacht hier eingetroffen.

Wien, 16. Febr. Prinz Ferdinand von Bulgarien hat einer starken Erkältung halber seinen Aufenthalt hier selbst um einige Tage verlängert.

**Driest.** 16. Febr. In Folge des Auftretens der Cholera in Marseille ordnete die hiesige Seebhörde eine strenge ärztliche Ueberwachung aller Provenienzen aus französischen Mittelmeerhäfen an, sobald die Schiffe in vollkommen normalen Verhältnissen hier anlangen; anderenfalls werden von der Seebhörde besondere weitere Verfügungen getroffen werden.

**Paris.** 16. Febr. Der Handelsminister Siegfried hat der Zollkommission ein neues System der Petroleum-Zölle unterbreitet. Darnach soll der Zoll auf 90 prozentiges raffiniertes Petroleum 16 Frs. betragen und beim Verlassen der Raffiner-Anstalten entrichtet werden. Der Zoll für Roh-Petroleum wird auf 13 Frs. festgesetzt.

**Paris.** 16. Febr. [Deputirten fämmere.] Der Sitzungs-Saal und die Tribünen sind überfüllt. Unter lebhafter Bewegung ergreift Leydet (radikal) das Wort, und richtet an die Regierung die angekündigte Interpellation über deren allgemeine Politik. Leydet führt aus, es bestehne eine Liga zwischen dem linken Zentrum und den vereinigten Konservativen, welche das Ziel verfolge, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und die bestehenden Gesetze bezüglich des Heereswesens, des Schulwesens und der Finanzen abzuändern. Millerand (radikal) wirft der Regierung vor, in der Panama-Angelegenheit dem Lande keine Genugtuung gewährt zu haben. Das Land bedürfe einer Revision der Verfassung im demokratischen Sinne, der Trennung des Staates von der Kirche, sozialer Reformen, der Abschaffung aller Monopole und aller Privilegien der Banque. Lafargue (Sozialist) entwidelt das Programm der Arbeiterpartei. Cavaignac vertheidigt sich gegen die Behauptung, daß er wegen der jüngst von ihm gehaltenen Rede vorher mit den vereinigten Konservativen in Einvernehmen getreten sei. Hierauf ergreift Ribot das Wort. Ribot weist darauf hin, daß er bei Übernahme der Staatsgewalt alle Anhänger der Republik um ihre Unterstützung gebeten habe. Dank der Vereinigung der Republikaner sei der Lebemann Derjenigen, welche gegen die Republik und ihre Diener den Kampf unternommen hätten, gescheitert. Das Land sehe vertrauensvoll dem Ende einer Angelegenheit entgegen, welche den Vorwand zu der Einleitung des Kampfes abgegeben habe, und warte ruhig den Wiederherstellungsprozeß ab. Der weitere Verlauf jener Angelegenheit und diefer Gefundungsprozeß würden die nothwendige Ergänzung der ersten Urteilsprüche des Gerichts bilden. (Vorfall) Jetzt verlange man von der Regierung, daß sie diese Vereinigung der Republikaner breche. Die von Millerand vorgeschlagene Annäherung an die Sozialisten und Boulangerien müsse er zurückweisen. (Lebhafte Unterbrechungen auf der äußersten Linken, der Präsident erklärt mehrere Ordnungsrufe). Ebenso wenig könne er auf die sogenannte Vereinigung der Zentren eingehen. Das Paket regiere im Namen der Gemeinsamkeit der republikanischen Partei und wolle nicht der Gefangene irgend einer einzelnen Parteigruppe sein. Er müsse ferner gegen die Behauptung, daß das Kabinett unter dem Einfluß Clemenceaus oder der äußersten Linken stünde, entschiedene Verwahrung einlegen. Ribot schließt mit dem Hinweis auf das seit 15 Jahren vollbrachte Werk, welches das Land zu schätzen wisse, trotz der jüngst aufgetauchten Wahlen, welche sich übrigens bereits zu zerstreuen beginnen. (Lebhafte Beifall links).

**London.** 16. Febr. Das Unterhaus nahm nach kurzer lebhafter Debatte einstimmig einen Antrag Segtons an, in welchem erklärt wird, die "Times" habe sich durch ihren heutigen Artikel, worin sie die Antiparoliten als läufig und im Solde der Regierung stehend bezeichnete, einer groben Verleumdung der Privilegien des Hauses schuldig gemacht.

**Pera.** 15. Febr. Die Verträge über den Bau der neuen Eisenbahnlinien in Kleinasien sind heute vom Minister der öffentlichen Arbeiten und vom Bankier Kaulla unterzeichnet worden. Gleichzeitig wurde die Kauktion von 30 000 Pfund hinterlegt.

## 2. Klasse 188. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 16. Februar 1893. — 3. Tag Vormittag.

Rote Gewinne über 105 Mark sind den betreffenden Nummern in Grammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

45 59 142 54 97 305 80 532 782 88 985 1059 114 299 370 417 70 73  
584 70 93 796 80 916 2160 61 86 251 57 300 33 486 89 97 579 639  
875 3088 232 363 78 437 57 559 605 25 735 89 878 900 43 4000 145  
269 406 565 734 836 46 67 923 5026 304 503 19 95 642 857 941  
6066 125 228 49 58 578 690 83 34 37 77 937 58 7006 75 148 88  
294 321 647 51 62 733 71 77 818 24 88 60 77 8045 79 107 225 407  
29 533 (300) 828 993 9118 85 207 47 84 347 694 868  
10097 308 19 439 507 608 27 59 60 87 829 913 15 24 88 + 11055  
164 260 318 51 418 765 841 72 901 12104 90 (200) 280 309 (150) 13  
430 514 31 601 37 (150) 763 882 91 13079 172 255 787 946 54 14000  
(300) 91 410 56 771 873 94 15023 38 88 146 96 278 311 488 730 819  
944 56 95 16046 274 447 653 75 714 96 998 17073 278 407 569 702  
4 12 41 70 72 937 60 18076 107 274 304 29 494 588 99 697 713 810  
85 88 19018 192 372 533 80 870 756 858 911 41  
20163 411 82 614 74 711 (150) 56 815 988 (150) 21232 589 663  
86 883 943 22227 64 66 80 318 461 558 89 655 968 85 (150) 92  
23065 146 292 477 767 862 98 24107 213 29 376 558 68 657 851 967  
25147 95 289 (300) 424 603 56 736 (150) 26104 21 200 40 57 92 346  
624 87 766 843 27007 70 98 100 261 86 416 48 515 683 847 49  
28100 (300) 87 227 96 332 63 84 417 63 501 34 782 (200) 823 29035  
81 172 258 335 409 58 518 23 43 745 80 887 955  
30037 56 96 250 80 336 502 48 (150) 774 88 31073 309 70 602  
19 50 851 968 32080 128 41 63 230 357 400 84 583 602 701 22 884  
984 33040 85 164 219 79 309 23 403 12 48 518 621 60 759 34133  
480 84 656 749 910 46 35196 99 263 500 53 628 710 895 963 36054  
85 109 59 201 487 636 726 801 63 37284 (150) 360 89 90 487 94 514  
902 10 50 38057 64 212 491 94 615 39 844 50 39138 55 58 66 370  
428 85 681 88 848 901 63  
40012 69 135 221 66 320 480 588 636 81 97 (300) 719 34 41009  
56 221 345 94 538 53 79 659 81 (150) 829 57 912 25 75 42013 43 105  
416 513 21 (150) 694 730 808 19 941 57 90 43283 378 (150) 486 (150)  
523 38 58 739 821 922 44008 86 403 (150) 95 628 65 74 720 818 28  
45014 72 119 75 84 (150) 240 340 435 629 42 765 97 852 79 923  
46102 18 408 72 540 77 (150) 88 740 889 907 32 84 47025 61 169 219  
72 338 48 31 409 595 (150) 669 (150) 99 736 48004 5 64 75 97 115  
233 59 84 332 42 23 7594 695 748 73 78 49030 (150) 138 236 53  
349 412 27 38 561 722 47 67 884  
50199 341 45 432 65 74 (300) 512 54 619 822 93 943 51189 92  
223 642 76 722 27 518 68 971 52018 143 59 243 51 82 532 79  
661 742 65 904 53004 83 113 357 670 91 98 878 54136 228 603  
495 567 705 17 830 45 78 930 55033 42 124 (10000) 34 200 18 480  
544 60 78 757 968 56003 47 50 (155) 277 460 (300) 515 96 608 801  
7 969 57015 (150) 257 283 596 97 619 43 716 34 46 979 58390 439  
513 95 620 25 795 919 68 97 98 59008 21 33 (150) 82 88 144 90  
241 314 59 82 447 69 515 79 729 37  
60078 285 355 82 543 73 72 807 24 99061124 202 373 533  
639 708 62137 85 328 62 416 94 633 816 955 63180 300 503 12 920  
64044 71 101 16 342 846 96 65058 113 32 248 322 23 539 60 914  
66156 613 53 88 96 905 58 86 67335 72564 90 659 746 924 86119  
218 320 461 540 625 748 983 89 69345 77524 745 (150) 906 46  
70228 303 12 79 593 639 50 789 877 930 71014 36 124 219 356  
472 620 39 838 930 73 72093 100 221 70 (300) 71 309 (150) 28 561  
657 718 625 73223 83 87 93 563 605 74138 241 314 46 407 71 81 716  
808 62 (150) 82 954 85 91 75057 226 389 422 590 711 48 850 920  
76008 153 91 371 440 540 (200) 74 633 710 38 70 908 54 77208 57  
70 200 (400) 76 640 78 79 700 995 78164 98 443 510 60 82 649  
778 812 79 7905 59 137 81 230 547 91 643 68 791 828 84 960 94  
80256 64 332 737 00 64 850 902 81072 80 175 298 314 746 80  
82078 249 76 361 403 558 678 775 78 79 904 39 83098 190 242 37  
83 411 72 748 959 81037 81 104 56 203 341 424 510 12 736 (150) 85  
91 904 88 85073 142 319 23 36 406 36 698 744 81 833 970 98 86135  
245 304 65 70 416 29 587 600 97 756 828 964 87031 43 64 138 (150)  
232 475 529 89 622 73 79 829 88019 28 63 169 201 23 61 353 77 459  
588 89 666 774 94 849 75 (150) 990 89017 29 88 234 37 395 401 532  
632 69 93 853 973  
90216 29 374 778 842 49 66 97 915 57 71 91148 77 86 300 17 56  
77 97 425 649 86 736 890 941 47 92092 218 368 435 75 643 755 824

**Washington.** 15. Febr. Präsident Harrison hat an den Senat eine Botschaft gerichtet betreffend Hawaii. Dieselbe ist begleitet von einem Vertragsentwurf betreffend die Annexierung der Hawaianischen Inseln durch die Vereinigten Staaten und zwar unter einer provisorischen Regierung. Der Senat trat sofort in die Berathung der Botschaft ein, in welcher die Genehmigung des Vertrages befürwortet wird.

Hoke Smith hat den Posten des Kabinettssekretärs des Innern in dem von Cleveland zu bildenden Kabinet angenommen. Smith stammt aus Georgia, ist Advokat und Besitzer der Zeitung "Atlanta".

**Montevideo.** 16. Febr. In der Botschaft des Präsidenten der Republik, mit welcher die Session des Kongresses eröffnet wurde, wird betont, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten gute seien. Die Finanzlage hätte sich in Folge einer Handelspolitik, welche neue Quellen des nationalen Wohlstandes erschließe, gebessert. Das Budget schließt Dank einer strengen Verwaltung der Staatsfonds im Gleichgewicht ab. Der Coupon der Staatschuld werde in Gold bezahlt werden. Die Botschaft giebt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung seitens der europäischen Kapitalisten diejenige Unterstützung erfahren werde, welche für die erfolgreiche Durchführung ihrer finanziellen Projekte erforderlich sei.

**Berlin.** 17. Febr. [Privat-Telegramm der "P. S. B. T. g."] Die Stadtverordneten-Versammlung nahm gestern mit 71 gegen 28 Stimmen die Vorlage des Magistrats über die Umgestaltung des Schloßplatzes an.

**Rom.** 17. Febr. Der Papst zelebrierte gestern Vormittag um 9 Uhr zu Ehren der italienischen Pilger in der Peterskirche bei geschlossenen Thüren eine Messe und erhielt mit feierlicher Stimme seinen Segen. Nach Einnahme einer kleinen Erfrischung bestieg er sodann in der Basilika den goldenen Thronstuhl zum Handkuss, welcher von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags dauerte. Dr. Lapponi verblieb in seiner Nähe.

**Paris.** 17. Febr. In der Kammer interpellirte Leydet die Regierung über deren allgemeine Politik. Nach einer längeren Rede Ribots nahm die Kammer mit 315 gegen 186 Stimmen die von Ribot gebilligte Tagesordnung Levgues an, wonach die Kammer der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß diese die demokratischen Gesetze aufrechterhalte und eine rein republikanische Politik verfolgen werde.

**Madrid.** 17. Febr. In den Gruben von Mazarron, Provinz Murcia, sind durch Ausströmung von Gasen 25 Arbeiter getötet worden.

## Handel und Verkehr.

**\*\* Berlin.** 16. Febr. Nach amtlicher Feststellung Seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko ohne Fass frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter a 100 Proz.; Unversteuert mit 50 M. Verbrauchsabgabe: am 10. Febr. 1893 53 M. bez., am 11. Febr. 53,40 bez., am 13. Febr. 52,80 bez., am 14. Febr. 52,90 bez., am 15. Febr. 53,10 bez., am 16. Febr.

52,80 Mark bez. — Unversteuert mit 70 M. Verbrauchsabgabe: am 10. Febr. 1893 33,40 bez., am 11. Febr. 33,70—33,60 bez., am 13. Febr. 33,10 bez., am 14. Febr. 33,30—33,20 bez., am 15. Febr. 33,40—33,30 bez., am 16. Febr. 33,30 Mark bez. \*\* London, 15. Febr. [Wollauktion.] Preise fest, unverändert. Scoured eher fester. \*\* Bradford, 16. Febr. Markt rubig, deep grown Wolle fest, Botany-Wolle schwächer, geschäftslos; Mohairwolle flauer. Garne und Stoffe ruhig.

## Märktberichte.

**Bromberg.** 16. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 140—150 M. feinster über Rottz. — Roggen 113—123 M. feinster über Rottz. — Gerste nach Qualität 120—124 M. — Brau 129—138 M. — Erbsen, Futter 120—130 M. — Kocherwurzel 140—140 M. — Hafer 128—135 M. — Spiritus 70 M. 31,00 Mark.

\*\* Leipzig, 16. Febr. [Wollbetr. t.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. p. Febr. 3,60 M., p. März 3,60 M., p. April 3,62 M., p. Mai 3,65 M., p. Juni 3,67 M., p. Juli 3,70 M., p. August 3,72 M., p. September 3,72 M., p. Oktober 3,75 M., p. November 3,77 M., p. Dezember 3,77 M., p. Jan. — Markt. Umsatz 20 000 Kilo.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind.	Wetter.
Stunde.	66 m Seehöhe.		i. Teil
16. Nachm. 2			

Spec. Sehr fest. Short clair middl. 51, Jan.-Febr.-Abladung short clear middl. — long clear middl. —

Wolle. Umsatz 90 Ballen.

Tabak. Umsatz: 1483 Seronen Carmen, 100 Packen China. Bremen, 16. Febr. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins bryoz Nord. Füllkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 159 Br. bryoz Nord. Lloyd-Aktien 108% bez.

Hamburg, 16. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 154—159. — Roggen loko ruhig medlenb. loko neuer 134—137, russischer loko ruhig, transito 110. — Hafer ruhig — Gerste ruhig. Rüböl unverz. fest, loko 54. — Spiritus loco matt, er Februar 22%, Br. er Febr.-März 22%. Br. per April 22%, Br. per Mai-Juni 22%, Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 150 Sac. — Petroleum loko beh. Standard white loko 5,20 Br. ve. März 5,05 Br. — Wetter: Brachvoll.

Hamburg, 16. Febr. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 83%, per Sept. 81%, per Dez. 80%. Behauptet.

Hamburg, 16. Febr. Budermarkt. Schlussbericht. Rüböl-Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 14,25, per August 14,70. Ruhig.

Best. 16. Febr. Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7,43 Gd., 7,45 Br., per Herbst 7,56 Gd., 7,58 Br. Hafer per Frühjahr 5,49 Gd., 5,51 Br. Mais per Mai-Juni 4,74 Gd., 4,75 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,55 Gd., 11,65 Br. — Brachvoll.

Paris, 16 Februar. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. Febr. 21,60, p. März 21,70, p. März-Juni 22,10, p. Mai-August 22,40. — Roggen ruhig, ver Febr. 13,90, ver Mai-August 14,50. — Mehl ruhig, er Febr. 48,00, per März 48,10, p. März-Juni 48,40, per Mai-August 48,90. — Rüböl stiegend, ver Febr. 60,25, per März 60,75, p. März-Juni 61,50, per Mai-August 61,75. — Spiritus behpt., per Febr. 47,25, per März 47,50, per März-April 47,25, o. Mai-August 47,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 16. Febr. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,50. Weißer Buder fest, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Febr. 40,62%, per März 40,75, per März-Juni 41,00, per Mai-August 41,50.

Savre, 16. Febr. (Teigr. der Hamb. Firma Belmann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basisse. Umsatz 9000 Sac, Santos 2000 Sac Rezettes für gestern.

Savre, 16. Febr. (Teigr. der Hamb. Firma Belmann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Febr. 104,75, p. März 104,50, per Mai 103,00. Ruhig.

Amsterdam, 16. Febr. Bancazim 55%.

Amsterdam, 16. Febr. Getreidemarkt. Weizen ver März 176, per Mai 178. — Roggen p. März 132, per Mai 130.

Antwerpen, 16. Febr. (Teigr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Blata-Bug, Type B., März 4,45, Mai 4,40, Juli 4,57% Käufer.

Antwerpen, 16. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Rafineries Type weiss loko 12% bez. und Br. per Febr. 12% Br., p. März-April 12% Br., per Sept.-Dez. 12% Br. Ruhig.

Antwerpen, 16. Febr. Getreidemarkt. Weizen schwach. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste unbeklebt.

London, 16. Febr. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regenschauer.

London, 16. Febr. 96 p.Ct. Javazucker loko 16% ruhig, Rüböl-Rohzucker loko 14% ruhig.

London, 16. Febr. Chilli-Kupfer 45%, per 3 Monat 45%.

Glasgow, 16. Febr. Rothellen. (Schluß.) Wetzet numbers warrants 43 h. Käufer ohne Verkäufer.

Liverpool, 16. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B.

Middle amerikan. Lieferungen: Februar-März 4% Verkaufpreis, April-May 4%, Käuferpreis Juni-Juli 4% do., August-Sept. 4% d. Verkaufpreis.

Liverpool, 16. Febr., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Stetig.

Bank-Diskonto Wechselv. 16. Febr.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Ausländische Fonds.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Anl.-Scheine... 3/4 96,50 B.

Berliner... 5 113,80 G.

do. do. 3/4 101,25 bzG.

do. do. 3 87,60 G.

Prss.-cons. Anl. 4 107,80 G.

do. do. 3/4 101,25 bzG.

do. do. 3 87,50 bz

do. do. 3/4 99,00 bzG.

do. do. 3/4 99,00 bzG.

rosener Prov. Anl.-Scheine... 3/4 96,50 bz

Berliner... 5 108,00 B.

do. do. 3/4 101,25 bzG.

do. do. 3 87,60 G.

do. do. 3/4 99,40 G.

Ctr.Ldsch... 4 104,75 G.

do. do. 3/4 98,50 bzG.

Kurz-Neu... 3/4 98,90 B.

mrk. neue... 3/4 97,70 bz

Ostpreuss... 3/4 99,40 G.

Pomm... 4 103,50 G.

Posensch... 4 102,75 B.

Schl. atti... 3/4 98,00 G.

do. do. 3/4 98,75 G.

do. do. 3/4 98,80 G.

do. do. 3/4